

An die eigene Vergangenheit gekettet – Deutschlands Einstellung zur Ungerechtigkeit gegenüber dem palästinensischen Volk

Hans von Sponeck und Richard Falk , Globale Gerechtigkeit im 21. Jahrhundert,

TRANSCEND Media Service

Deutsche Übersetzung 17.10.19, nachdenkenseiten.de

17. September 2019 - Der folgende gemeinsame Artikel wurde zusammen mit meinem langjährigen, geschätzten Freund Hans von Sponeck verfasst, der sich aus familiärer Erfahrung und moralischer Disposition der deutschen politischen Dilemmata, die mit seiner Vergangenheit verbunden sind, sehr bewusst ist. Die Themen sind in jüngster Zeit im Zusammenhang mit der Unterdrückung des pro-palästinensischen gewaltfreien Aktivismus aufgekommen, wir glauben, dass dies so gehandhabt wird, dass die Übel der Nazizeit eher reproduziert als überwunden werden, mit einer Reihe von Maßnahmen, die israelische Kriminalität vor dem Druck der palästinensischen globalen Solidaritätsbewegung schützen sollen. Wir haben versucht, dieses Meinungsbild zuerst in einer Reihe führender deutscher Zeitungen zu veröffentlichen, wurden aber abgelehnt. Offensichtlich halten die Medienvertreter in Deutschland das Schweigen für besser als die Diskussion und Debatte über dieses wichtige Thema.

Zur biographischen Ergänzung: Hans ist ehemaliger Beigeordneter des Generalsekretärs der Vereinten Nationen, der in seiner Funktion als humanitärer Koordinator für den Irak in der Zeit nach dem Ersten Golfkrieg (1993) die Leitung des Oil for Food Program im Irak innehatte, bis er aus prinzipiellen Gründen wegen der Aufrechterhaltung von Strafsanktionen zurücktrat, die dies schwere zivile Opfer im Irak zur Folge hatte.

Der Beschluss des Bundestages vom 15. Mai, der die BDS-Kampagne als Beitrag zu einer zunehmenden Bedrohung durch Antisemitismus in Europa verurteilte, gibt Anlass zu großer Sorge. Sie kennzeichnet BDS, eine gewaltfreie palästinensische Initiative, als antisemitisch und fordert die Bundesregierung auf, die Unterstützung zu verweigern, nicht nur für BDS selbst, sondern für jede Organisation, die BDS unterstützt. Sie nimmt diese Haltung ein mit dem Hinweis auf die besondere Verantwortung Deutschlands gegenüber den Juden, ohne in irgendeiner Weise den anhaltenden Missbrauch der grundlegendsten Menschenrechte der Selbstbestimmung, des palästinensischen Volkes durch Israel zu benennen. Die deutsche Resolution vernachlässigt auch die wichtige Rolle, die eine frühere BDS-Kampagne gegen den südafrikanischen Rassismus bei der gewaltfreien Beendigung des Apartheidregimes gespielt hat und die Tatsache, dass selbst diejenigen, die sich BDS aus strategischen oder pragmatischen Gründen widersetzen, nie versucht haben, deren Befürworter zu verteufeln.

Was uns besonders stört, ist der strafrechtliche Ansatz des deutschen Gesetzgebers gegenüber BDS. Es sei daran erinnert, dass trotz vieler Widerstände gegen die südafrikanische Kampagne denjenigen, die BDS-Aktivisten waren, nie gesagt wurde, dass es rechtlich und moralisch inakzeptabel sei, sich daran zu beteiligen. Die Einwände basierten auf Umsetzbarkeit und Wirkung sowie auf fadenscheinigen

Behauptungen, dass Afrikaner in Südafrika unter der Apartheid besser dran seien als ihre Brüder und Schwestern auf dem ganzen Kontinent.

Es ist auch wichtig zu bedenken, dass es keinen Frieden geben kann, solange dem palästinensischen Volk seine Grundrechte verweigert werden.

Grundsätzlich glauben wir, dass diese Entschließung der falsche Weg ist, um aus der deutschen Vergangenheit zu lernen. Anstatt sich für Gerechtigkeit, Recht und Menschenrechte zu entscheiden, erwähnt der Bundestag nicht einmal das palästinensische Volk und die Tortur, die es erlebt, auf die sich BDS bezieht. Grünes Licht für die israelische repressive und expansionistische Politik zu geben, bedeutet, implizit eine Politik der kollektiven Bestrafung und des Missbrauchs der Schwachen zu unterstützen, die, wie man sich erinnern sollte, die verwerflichsten Merkmale der Nazizeit waren.

Wir schreiben als zwei Personen mit sehr unterschiedlicher Vergangenheit, teilen aber das Bekenntnis zu einer starken UNO und die Pflicht der großen und kleinen Länder, das Völkerrecht zu respektieren und die globale Gerechtigkeit zu fördern.

Wir teilen auch das anhaltende Bewusstsein für den Holocaust als eine schreckliche Tragödie, die das jüdische Volk und andere trifft, sowie als ein entsetzliches Verbrechen Deutschlands in der Vergangenheit. Wir teilen ein übergreifendes Engagement für eine globale Ordnung, in der eine solche Tragödie und Kriminalität gegenüber dem jüdischen Volk und allen anderen auf der ganzen Welt nicht vorkommt. Wir sind uns auch bewusst, dass solche Tragödien und Verbrechen seit 1945 gegen verschiedene Ethnien und Zielvölker verübt wurden, unter anderem in Kambodscha, Ruanda, Serbien und in jüngster Zeit gegen das Volk der Rohingya in Myanmar.

Unser Hintergrund ist (auch) sehr verschieden. Einer von uns ist Deutscher und Christ (von Sponeck), der andere (Falk) ist Amerikaner und Jude. Von Sponeck ist der Sohn eines Generals, der von den Nazis in den letzten Phasen des Zweiten Weltkriegs hingerichtet wurde und 1957 nach Israel gegangen war, um in einem Moshav und mehreren Kibbuzim zu arbeiten. Er diente 32 Jahre lang als internationaler Beamter bei den Vereinten Nationen und stieg zum Beigeordneten des Generalsekretärs auf. Seine UN-Karriere endete, als er als

Koordinator des Oil-for-Food-Programms (1998-2000) zurücktrat, aus Protest gegen die Sanktionspolitik des UN-Sicherheitsrates gegen den Irak, die zum Tod vieler unschuldiger irakischer Zivilisten führt. Seit seinem Rücktritt lehrt und doziert von Sponeck an verschiedenen Orten und publiziert zu UN-Themen wie *The Politics of Sanctions on Iraq and the UN Humanitarian Exception* (2017).

Falk ist Amerikaner und war 40 Jahre lang Mitglied der Fakultät der Princeton University, wo er die Position des Albert G. Milbank Professors für internationales Recht innehatte. Zu seinem familiären Hintergrund gehört die väterliche deutsche Abstammung mit den beiden in Bayern geborenen Großeltern, in der Nähe von München, die Mitte des 19. Jahrhunderts in die Vereinigten Staaten

emigrierten. Zwischen 2008 und 2014 war Falk im Namen des UN-Menschenrechtsrates Sonderberichterstatter für das besetzte Palästina. Er hat zahlreiche Veröffentlichungen zu internationalen Themen publiziert, darunter vor kurzem Power Shift: Zur Neuen Weltordnung (2016) und zu Palästina: Die Legitimität der Hoffnung (2017).

Wir haben das Versagen der internationalen Diplomatie analysiert, eine Lösung für den Konflikt zwischen Israel und Palästina zu finden. Wir glauben, dass Israel die Hauptverantwortung für dieses Scheitern trägt, das jahrzehntelang akutes Leid für die palästinensische Bevölkerung verursacht hat. Wir glauben, dass die Wurzel dieses Scheiterns das zionistische Projekt ist, einen jüdischen Staat einer im Wesentlichen nichtjüdischen Gesellschaft aufzuzwingen. Dies hat unweigerlich zu palästinensischem Widerstand und zu einem zunehmend rassistisch orientierten Gefüge geführt, das darauf abzielt, die palästinensische Bevölkerung als Ganzes in ihrem eigenen Land unterjocht zu halten. Wir glauben ferner, dass Frieden für beide Völker nur dann entstehen kann, wenn diese Apartheidstrukturen wie vor über 25 Jahren in Südafrika abgebaut werden.

Vor diesem Hintergrund halten wir die Zurückhaltung der deutschen Regierung und der deutschen Bevölkerung, auf diese ungerechten Verhältnisse zu reagieren, für inakzeptabel und ihr stillschweigendes Einverständnis in Deutschland für besonders beunruhigend sowie äußerst bedauerlich. Wir beide und unsere Familien sind in verschiedener Hinsicht Opfer des Nationalsozialismus. Dies hindert uns jedoch nicht daran, darauf zu bestehen, dass die deutsche Zurückhaltung, kritisch gegenüber dem israelischen Ethnozentrismus zu sein, ein gefährliches Missverständnis über die Bedeutung der nationalsozialistischen Vergangenheit aufweist. Der Holocaust sollte vor allem dazu dienen, die Welt vor Ungerechtigkeit, Staatsverbrechen und der Viktimisierung eines Volkes auf der Grundlage seiner rassischen und religiösen Identität zu warnen. Es sollte Israel nicht von der rechtlichen und moralischen Verantwortung befreien, nur weil seine Führung jüdisch ist und viele seiner jüdischen Bürger mit Opfern des Holocaust verwandt sind.

Israel beansprucht mit der Verabschiedung eines Verfassungsgesetzes durch die Knesset als Nationalstaat des jüdischen Volkes im Jahr 2018 eine Identität, als ob dies ein Mandat für die Straflosigkeit verleihe. Die Lehre aus dem Holocaust hat mit Missbrauch, Kriminalität und Viktimisierung zu tun und sollte nicht durch eine unterschwellige Schlussfolgerung pervertiert werden, dass Juden von der Rechenschaftspflicht befreit sind, wenn sie aktuelle Verbrechen begehen, weil sie in der Vergangenheit schreckliche Verbrechen erlitten haben, von der Rechenschaftspflicht befreit sind. Wir erinnern uns an Albert Einsteins Brief an Chaim Weizmann im Jahr 1929, in dem er schrieb,

„Wenn es uns nicht gelingt, den Weg der ehrlichen Zusammenarbeit und der Einigung mit den Arabern zu finden, haben wir aus unserer zweitausend Jahre alten Tortur nichts gelernt und werden das Schicksal verdienen, das uns treffen wird!“

Die israelische Regierung muss erkennen, dass ein Großteil des bedrohlichen Anstiegs der antijüdischen und antiisraelischen Gefühle in Europa und anderswo ihren Ursprung in genau der Politik hat, die sie betreibt.

Wir erwarten, dass unser Plädoyer stark als antizionistisch und sogar antisemitisch angegriffen wird. Ein Teil der Funktion solcher Angriffe besteht darin, deutsche Antworten mit Hilfe der Erinnerung an den Holocaust einzufrieren, und die falsche Annahme, dass die Kritik an Israel und dem Zionismus eine Erneuerung eines Angriffs auf Juden und Judentum sei. Wir bestehen darauf, dass dies absolut nicht der Fall ist. Genau das Gegenteil ist der Fall. Es bekräftigt, dass die Kernwerte der jüdischen Religion und der humanistischen Werte im Allgemeinen mit Gerechtigkeit verbunden sind und dass diese Verwendung antisemitischer Beschimpfungen eine völlig inakzeptable Taktik ist, um Israel vor berechtigter Kritik zu schützen. Diese Art von Einschüchterung sollte bekämpft und überwunden werden.

Aus dieser Perspektive ist es unser Glaube und unsere Hoffnung, dass Deutschland und die deutsche Bevölkerung die Kraft haben, sich von der moralischen Taubheit zu befreien, die durch die schlechten Erinnerungen an die Vergangenheit hervorgerufen wird, und sich am Kampf gegen Ungerechtigkeit beteiligen können. Eine solche Dynamik der moralischen Ermächtigung würde deutlich, wenn Deutschland Mitgefühl für die palästinensische Qual zeigen und gewaltfreie Initiativen unterstützen würde, die Solidarität und Ermutigung für die palästinensische nationale Bewegung zur Wahrung der Grundrechte, einschließlich vor allem des unveräußerlichen Rechts auf Selbstbestimmung, zum Ausdruck zu bringen.

Wir sind sehr ermutigt, dass unser Handeln nicht in einem Vakuum hier in Deutschland stattfindet. Wir nehmen die engagierten Bemühungen der Humboldt-Three zur Kenntnis, die gegen die israelische Apartheid protestieren, und die Unterstützung der Bevölkerung für die Aktion dieser jungen Menschen, zwei Israelis und ein Palästinenser. Ihre inspirierende Botschaft ist ähnlich wie die unsere. Es ist an der Zeit, dass die deutsche Regierung und ihre Bürger ihr Schweigen brechen und erkennen, dass die nationalsozialistische Vergangenheit am besten durch aktiven Widerstand gegen die ungerechte Unterdrückung der palästinensischen Bevölkerung überwunden werden kann. Wir fühlen uns auch mit dem Offenen Brief verbunden, der von Intellektuellen auf der ganzen Welt, darunter viele in Israel, unterstützt wird und der die "Individuen und Institutionen in Deutschland" auffordert, alle Bemühungen zu beenden, Kritik an Israel mit Antisemitismus zu verbinden.

Wir glauben, dass der Frieden zwischen Juden und Arabern in Palästina davon abhängt, Schritte zu unternehmen, um die Gleichberechtigung der Beziehungen zwischen diesen allzu lange kämpfenden Menschen wiederherzustellen. Dies kann nur geschehen, wenn die derzeitigen Apartheidstrukturen aufgelöst werden als Auftakt zum Frieden. Der südafrikanische Präzedenzfall zeigt uns, dass dies möglich ist, aber nur, wenn internationaler Druck mit nationalem Widerstand einhergeht. In Südafrika schien es unmöglich, bis zu dem Moment, als es passierte. Es erscheint derzeit bei Israel unmöglich, aber das Unmögliche wird passieren, wenn es mit den Forderungen nach Gerechtigkeit in Einklang steht und die Unterstützung von Menschen guten Willens aus der ganzen Welt mobilisiert. Der Lauf der Geschichte hat die schwächere Seite in den großen antikolonialen Bewegungen der vergangenen Hälfte des 20. Jahrhunderts militärisch begünstigt, und deshalb sollten wir die Hoffnung auf ein gerechtes Ergebnis für Israelis und Palästinenser nicht verlieren, obwohl das gegenwärtige Kräfteverhältnis derzeit die israelische Dominanz fördert.

Es ist auch wichtig zu bedenken, dass es keinen Frieden geben kann, solange dem palästinensischen Volk seine Grundrechte verweigert werden. Jede Einigung, die erzielt wird, solange die Apartheid erhalten bleibt, wird nichts anderes sein als ein Waffenstillstand. Ein nachhaltiger Frieden hängt davon ab, dass die Gleichheit der beiden Völker auf der Grundlage der gegenseitigen Selbstbestimmung anerkannt und umgesetzt wird. Deutschland und die Deutschen haben eine große Chance, eine solche Vision zu fördern und damit das Land von seiner Vergangenheit zu befreien. In einem tieferen Sinne, ob Deutsch, Amerikanisch oder andere, schulden wir alle dem jüdischen und palästinensischen Volk nichts weniger als dies.

Quelle:

<https://www.transcend.org/tms/2019/09/chained-to-its-past-a-german-recipe-for-injustice-toward-the-people-of-palestine/>